

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]

Redaktionelle Verantwortung: Rechtsanwältin Birgit Scheibe

## **Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder**

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage



**Nomos**



# NOMOSPRAXIS

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]

Redaktionelle Verantwortung:  
Rechtsanwältin Birgit Scheibe

## **Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder**

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3977-6

8. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort

Schwangere Frauen, werdende Eltern und Familien kommen mit persönlichen, familiären, wirtschaftlichen, beruflichen, finanziellen, sozialen, psychischen und psychosozialen Konflikten in die Schwangerschaftsberatungsstellen. Diese werden, solange es keine zentrale Anlaufstelle für Leistungen an Familien gibt, die erste Anlaufstelle für sozialrechtliche Fragen bleiben.

Das vorliegende Handbuch führt durch die komplizierte sozialrechtliche Gesetzesmaterie und gibt damit auch eine Antwort auf die über 30 Jahre alte und fortdauernde Beobachtung des ersten Armutsberichts des DiCV Münster „Arme haben keine Lobby“. Unsere Forderung, das Sozialrecht zu vereinfachen, haben wir nicht erreicht – aber wir können es erklären.

Schwerpunkt des Handbuchs bleibt auch in der umfassend überarbeiteten achten Auflage die Aufbereitung der schwierigen Materie des SGB II. Die dazu ergangene **Rechtsprechung und die Gesetzgebung** sowie das **SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz** werden vorgestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung von Ansprüchen Auszubildender.

Die wechselvolle Rechtsentwicklung für EU-Bürger\*innen wird so aufbereitet, dass Sozialberater\*innen die Materie nachvollziehen können.

Für den Umgang mit immer wieder kehrenden Problemen, z.B. **Schwangerer im elterlichen Haushalt** oder **Anträgen auf einmalige Beihilfen** werden Argumentationslinien an die Hand gegeben.

Aus anderen Sozialrechtsgebieten werden wiederholt auftretende Probleme, wie beispielsweise die Ablehnung des **ALG I bei Schwangerschaften**, oder die **verweigerte Entgegennahme eines Antrages** aufbereitet.

Ziel des Handbuchs ist es, juristische Laien in die Lage zu versetzen, die komplexen Regelungen zu verstehen. So wird u.a. das „Gesetz zur Einführung des **Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit** im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz“ erläutert. Die Reform zum **Mutterschutzgesetz**, die eigentlich schon am 1.1.2017 in Kraft treten sollte, wird ebenso wie die Reform des UVG vorgestellt.

Der Herausgeber dankt der CaritasGemeinschaftsStiftung für ihre großzügige Unterstützung.

Münster im Juni 2017

Heinz-Josef Kessmann (Diözesancaritasdirektor)

## Hinweise zur Nutzung des Handbuchs

Die nachfolgenden Ausführungen, Übersichten und Hinweise zu den sozialrechtlichen Ansprüchen von schwangeren Frauen, jungen Müttern und Vätern und deren Kindern orientieren sich daran, wie nach Lage des Gesetzes derartige Ansprüche heute ausgestaltet werden sollten. Dabei ging der Herausgeber auch schon vor der Entscheidung des BVerfG vom 9.2.2010 (Az.: 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) davon aus, dass mit staatlichen Leistungen nicht nur das absolut unerlässliche Minimum an Leistungen zur Verfügung gestellt werden soll. Aufgabe der Grundsicherung ist es, Empfänger\*innen der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Diesen Grundsatz hat der Gesetzgeber 2011 wieder in das SGB II eingefügt. Daher werden auch solche Hinweise und Auffassungen wiedergegeben, die an manchen Orten in der Praxis nicht anzutreffen sind. Dadurch soll ermöglicht werden, den betroffenen Hilfesuchenden Argumente an die Hand zu geben, um vor Ort möglicherweise noch Leistungen zu bekommen, die aktuell vielleicht nicht sofort gewährt werden.

Vor diesem Hintergrund werden auch erstinstanzliche Urteile und Beschlüsse von Verwaltungs- und Sozialgerichten abgedruckt. Diese Entscheidungen entfalten – selbst wenn sie rechtskräftig geworden sind – nur einen begrenzten regionalen Wirkungsgrad. Beispielsweise kann man sich nicht rechtswirksam in Münster auf eine positive Entscheidung eines Sozialgerichts in Süddeutschland beziehen. Dennoch enthalten solche erstinstanzlichen Urteile und Beschlüsse häufig Argumentationsketten und Gesichtspunkte, die auch für die Beantragung einer Sozialleistung an anderen Orten als dem Sitz des Gerichts von Interesse sein könnten und eine Hilfe darstellen. Die Wiedergabe auch erstinstanzlicher Entscheidungen erfolgt dabei auch mit der Perspektive, begrüßenswerte Entwicklungen einem größeren Kreis von Hilfesuchenden und Interessierten bekannt zu machen und damit – auch in Zeiten finanzieller Engpässe – positiven Entwicklungen Vorschub zu leisten.

Die Entscheidungen können zum Teil im Internet recherchiert werden, z.B. unter [www.sozialgerichtsbarkeit.de](http://www.sozialgerichtsbarkeit.de) oder [www.dejure.org](http://www.dejure.org). Da dies aber nicht immer der Fall ist und das enge Zeitfenster der Berater\*innen und Sachbearbeiter\*innen eine Recherche oft nicht zulässt, werden wesentliche Passagen vieler Entscheidungen zitiert. Der Herausgeber hofft, damit den Beteiligten die Akzeptanz für eine Rechtsauffassung zu erleichtern.

Passend zu dem Charakter der Schwangerschaftsberater\*innen als Netzwerker\*innen<sup>1</sup> verweist die Verfasserin auf andere gute Quellen und beschränkt sich zum Teil auf Verweise allgemeiner Darstellungen, um sich vertieft den speziellen Konstellationen ihrer Zielgruppe widmen zu können.

Für einen besseren Zugang werden Zitate mit Fettdruck markiert und teilweise durch Aufzählungszeichen ergänzt, die in der Originalfassung nicht verwendet wurden.

---

1 Host Country Paper zur Peer Review 2010 „Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ am 21./22. Januar 2010 in Berlin.

---

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	5
Hinweise zur Nutzung des Handbuchs .....	7
Abkürzungsverzeichnis .....	25
A. Arbeitsförderung (SGB III) .....	29
B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) .....	43
C. Unterhaltsvorschuss .....	319
D. Elterngeld .....	329
E. Kindergeld .....	382
F. Kinderzuschlag .....	392
G. Krankenschutz .....	402
H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund .....	429
I. Leistungen der Jugendhilfe .....	450
J. Besonderheiten im BAföG .....	462
K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten? .....	465
L. Rechtsschutz .....	502
M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung .....	514
N. Arbeitsrechtliche Aspekte .....	518
O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt .....	555
Stichwortverzeichnis .....	557

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Hinweise zur Nutzung des Handbuchs .....	7
<b>A. Arbeitsförderung (SGB III) .....</b>	<b>29</b>
I. Versicherungspflicht .....	29
1. Mutterschutz .....	29
2. Sonderfall: Gleichstellung von Mutterschaftszeiten vom 1.1.1998 bis zum 31.12.2002 .....	29
3. Kindererziehungszeiten .....	30
II. Ausschluss der Verfügbarkeit durch Mutterschutz? .....	31
1. Mutterschutz .....	31
2. Kinderbetreuung .....	35
III. Höhe des Arbeitslosengeldes .....	35
1. Mutterschutzzeiten .....	36
2. Elternzeit, Elterngeld, Kinderbetreuung .....	36
3. Kinder .....	37
IV. Ruhen des Anspruchs auf ALG .....	38
V. Wichtiger Grund im Sinne des Sperrzeitrechts .....	38
VI. BAB bei Schwangerschaft und nach Entbindung .....	39
VII. Die Höhe der Berufsausbildungsförderung .....	39
1. Kinderbetreuungskosten .....	39
2. Ermittlung des Einkommens .....	40
VIII. Höhe der Förderung der beruflichen Weiterbildung .....	41
IX. Höhe der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen .....	41
1. Haushaltshilfe .....	41
2. Kinderbetreuungskosten .....	42
<b>B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) .....</b>	<b>43</b>
I. „Hartz IV“ im Überblick .....	43
1. ALG I (SGB III) und ALG II (SGB II) .....	46
2. Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 1 SGB II und § 19 Abs. 1 SGB I .....	47
3. Sozialhilfe-Leistungsausschluss, § 5 Abs. 2 SGB II, § 21 SGB XII .....	47
II. Verfahren .....	48
1. Zuständige Sozialleistungsträger, §§ 6 ff SGB II .....	48
2. Örtliche Zuständigkeit, § 36 SGB II .....	49
3. Antragsverfahren, § 37 SGB II .....	51
4. Vertretung der Bedarfsgemeinschaft, § 38 SGB II .....	51
III. Anspruchsvoraussetzungen .....	52
1. ALG II und Sozialgeld .....	52
2. Erwerbstätigkeit von Ausländer*innen, §§ 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 8 Abs. 2 SGB II .....	53
a) Grundsätzlich: Arbeitserlaubnis .....	53
b) Ausschluss für die ersten drei Monate, § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 SGB II .....	54
c) Ansprüche von EU-Bürger*innen .....	54

Inhaltsverzeichnis

d) Verlust gemäß § 5 Abs. 5 FreizügG/EU .....	64
e) Verlust gemäß § 6 Abs. 1 FreizügG/EU .....	64
3. Leistungsausschluss bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, § 7 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 SGB II .....	64
4. Auszubildende, §§ 7 Abs. 5, 6, 27 SGB II .....	65
a) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende mit grundsätzlicher BAföG-Berechtigung, § 7 Abs. 5 S. 1 SGB II .....	66
b) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende in Wohnheimen und Internaten, § 7 Abs. 5 S. 2 SGB II .....	67
c) Auszubildende ohne individuelle BAföG-Berechtigung .....	68
d) Beurlaubte Auszubildende .....	68
e) Teilzeitstudium .....	71
f) Auszubildende mit „regulärem“ SGB II-Anspruch, § 7 Abs. 6 Nr. 1 SGB II .....	71
g) Die Ausnahmenvorschrift des § 7 Abs. 6 Nr. 2 SGB II .....	74
h) Auszubildende an Abendschulen .....	76
i) Ansprüche nach SGB II .....	76
j) Besonderer Härtefall, §§ 27 Abs. 3 S. 1, 42 a Abs. 5 SGB II .....	77
k) Gesetzlich definierter besonderer Härtefall .....	80
l) Darlehen im Monat der Aufnahme einer Ausbildung, § 27 Abs. 3 S. 4 SGB II .....	81
m) Allgemeines zu Darlehen für Auszubildende, § 42 a Abs. 1, Abs. 5 SGB II .....	82
n) Ermittlung des Bedarfs .....	82
o) Einkommensermittlung .....	82
p) Kinderbetreuungszuschlag nach § 14 b BAföG .....	83
q) Bildungskredit .....	84
r) Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus .....	84
s) Kinder von Auszubildenden erhalten Sozialgeld .....	85
5. Stationär Betreute, § 7 Abs. 4 S. 1 SGB II .....	86
6. Erreichbarkeit, § 7 Abs. 4 a SGB II, ErreichbarkeitsAO .....	86
7. Wer muss für wen eintreten? .....	90
a) Bedarfsgemeinschaft, § 7 Abs. 3 SGB II .....	90
b) „Partner“, § 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II .....	92
c) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II .....	97
d) Hilfebedürftigkeit und Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft, § 9 SGB II .....	97
aa) Partner, § 9 Abs. 2 S. 1 SGB II .....	97
bb) Eltern und Kinder, § 9 Abs. 2 S. 2 SGB II .....	99
cc) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II .....	102
dd) Schwangere/Junge Eltern im elterlichen Haushalt, § 9 Abs. 3 SGB II .....	103
ee) Zusammenfassung: Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft – Hilfebedürftigkeit .....	109
8. Erwerbsfähigkeit, § 8 SGB II .....	110
a) Feststellung der Erwerbsfähigkeit, § 44 a SGB II .....	111
b) Erwerbsfähigkeit./Zumutbarkeit der Arbeit, § 10 SGB II .....	111
aa) Fehlende Eignung, § 10 Abs. 1 Nr. 1 SGB II .....	111
bb) Gefährdung, § 10 Abs. 1 Nr. 2 SGB II .....	111
cc) Kinderbetreuung, § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II .....	112
dd) Pflege von Angehörigen, § 10 Abs. 1 Nr. 4 SGB II .....	115



ee) Kein „sonstiger wichtiger Grund“, § 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB II.....	116
ff) Irrelevante Gründe der Unzumutbarkeit der Arbeit, § 10 Abs. 2 SGB II.....	116
gg) Anspruch auf „Urlaub“ bei Leistungsbezug nach SGB II.....	116
IV. Die Leistungen des SGB II.....	117
1. Allgemeines.....	117
a) Grundsatz des Forderns, § 2 SGB II.....	117
b) Allgemeine Leistungsgrundsätze, §§ 1 Abs. 2, 3 Abs. 1 SGB II.....	118
c) Leistungsberechtigte ohne Ausbildung, § 3 Abs. 2 S. 2 SGB II.....	119
d) Grundsatz des Förderns, § 14 SGB II.....	120
e) Fehlende Hilfebedürftigkeit – Leistungen der Arbeitsförderung....	120
f) Fallmanager, § 14 Abs. 3 SGB II.....	121
g) Eingliederungsvereinbarung, § 15 SGB II.....	121
h) Sanktionssystem, §§ 31 ff SGB II.....	123
aa) Sanktionsauslösendes Verhalten.....	123
bb) Allgemeine Absenkungsvoraussetzungen, § 31 Abs. 1 S. 1, 2 SGB II.....	127
cc) Rechtsfolgen der Absenkung.....	128
i) Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten, § 34 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 SGB II.....	131
2. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	134
a) Die Regelleistung.....	134
aa) Das System der Regelleistung, § 20 SGB II.....	134
bb) Gemischte Bedarfsgemeinschaft – Höhe der Regelleistung....	135
cc) Alleinstehende, § 20 Abs. 2 SGB II.....	135
dd) Alleinerziehende, § 20 Abs. 2 SGB II.....	136
ee) Höhe der Regelleistung für Schwangere im elterlichen Haushalt.....	136
ff) Kürzung der Regelleistung.....	139
b) Einmalige Beihilfen.....	140
aa) Bedarfslagen.....	140
bb) Bedarfsdeckung.....	156
cc) Einmalige Leistungen ohne laufende Hilfe, § 24 Abs. 3 S. 3 SGB II.....	173
c) Darlehen für den unabweisbaren weiteren Bedarf, § 24 Abs. 1 SGB II.....	174
aa) Liegt ein unabweisbarer Bedarf vor?.....	175
bb) Kann sich der Antragsteller selbst helfen?.....	176
cc) Form der Leistung.....	177
dd) Rückzahlung des Darlehens, § 42 a Abs. 2, 4 SGB II.....	177
d) Kosten für Unterkunft und Heizung, § 22 Abs. 1 SGB II.....	180
aa) Übernahme der tatsächlichen Kosten, § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II.....	180
bb) Angemessenheit.....	183
cc) Tatsächliche Kosten – Übernahme unangemessener Aufwendungen, § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II.....	195
dd) Anforderungen an Sozialleistungsträger bei Aufforderung zum Umzug.....	195
ee) Aufforderung zum Umzug, aber keine neue Wohnung in Sicht.....	196

Inhaltsverzeichnis

ff)	Erlaubnis vor Wohnungsanmietung.....	198
gg)	Umzugskosten, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 1 SGB II.....	213
hh)	Doppelte Mietaufwendungen.....	216
ii)	Renovierungskosten.....	217
jj)	Kaution und Genossenschaftsanteile, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 2 S. 2 SGB II.....	218
kk)	Miet- und Energieschulden, § 22 Abs. 8 SGB II.....	221
ll)	Direkte Zahlung an den Vermieter, § 22 Abs. 7 SGB II.....	225
e)	Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt, § 21 SGB II...	226
aa)	Schwangere, § 21 Abs. 2 SGB II.....	227
bb)	Alleinerziehende, § 21 Abs. 3 SGB II.....	227
cc)	Behinderte Menschen, § 21 Abs. 4 SGB II.....	235
dd)	§ 21 Abs. 6 SGB II.....	236
ee)	Mehrbedarf für Warmwasser.....	246
ff)	Sozialgeldbezieher.....	246
f)	Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen, § 26 SGB II.....	248
g)	Sozialgeld, §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II.....	251
h)	Bildungs- und Teilhabepaket, § 28 SGB II.....	252
aa)	Leistungsberechtigte.....	252
bb)	Schulenausflüge und mehrtägige Klassenfahrten.....	252
cc)	Persönlicher Schulbedarf.....	253
dd)	Schülerbeförderung.....	255
ee)	Lernförderung.....	257
ff)	Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung.....	257
gg)	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.....	257
V.	Einkommen, §§ 11, 11 a, 11 b SGB II.....	259
1.	Verordnungsermächtigung § 13 Nr. 1 SGB II.....	263
2.	Kein Einkommen, § 11 a SGB II.....	263
a)	Elterngeld = Einkommen?.....	263
b)	Landeserziehungsgeld.....	264
c)	Kindergeld = Einkommen?, § 11 Abs. 1 S. 3 SGB II.....	264
d)	Erwartetes Einkommen, § 24 Abs. 4 SGB II.....	270
e)	Rückerstattungen/Nachzahlungen.....	270
f)	Bundesstiftungsmittel.....	271
g)	Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege und Verweis auf Stiftungsmittel der Wohlfahrtsverbände, § 11 a Abs. 4, 5 SGB II...	277
h)	Darlehen = Einkommen, §§ 11 Abs. 1 S. 2, 11 a Abs. 3, 11 b Abs. 2 SGB II.....	280
i)	Geldgeschenke, § 1 Abs. 1 Nr. 12 ALG II-VO.....	281
j)	„Ferienjobs“.....	281
k)	Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG.....	282
l)	Pflegegeld nach SGB VIII.....	283
m)	Vorrangige Leistungen, § 12 a SGB II.....	283
n)	Nothilfe.....	283
3.	Berechnung des Freibetrages, §§ 11 b SGB II (ehem. § 30 SGB II).....	284
a)	Anrechnung des Freibetrages für Versicherungen.....	287
b)	Unterhaltszahlungen, § 11 b Abs. 2 S. 1 Nr. 7 SGB II.....	289
c)	Einkommensbereinigung bei Einnahmen aus Beschäftigungsverboten.....	290
aa)	Mutterschutzlohn nach § 11 (ab 1.1.2018: § 18) MuSchG....	290

bb) Mutterschaftsgeld nach § 13 (ab 1.1.2018: § 19) MuSchG...	291
cc) Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach § 14 (ab 1.1.2018: § 20) MuSchG .....	291
VI. Abzusetzende Vermögensgegenstände und -werte, § 12 Abs. 2, 3 SGB II...	291
1. Grundfreibetrag, § 12 Abs. 2 Nr. 1 SGB II .....	292
2. Altersvorsorge .....	292
a) „Riester“-Rente, § 12 Abs. 2 Nr. 2 SGB II .....	292
b) Der Altersvorsorge dienende geldwerte Ansprüche, § 12 Abs. 2 Nr. 3 SGB II .....	292
c) Altersvorsorge Selbstständiger, § 12 Abs. 3 Nr. 3 SGB II .....	293
d) Voraussetzung für den Schutz sonstiger Lebensversicherungen .....	293
e) Verwertung .....	294
aa) Verwertung einer Lebensversicherung während der Elternzeit, § 12 Abs. 3 S. 1 Nr. 6 SGB II .....	294
bb) Können überschießende Beträge zwischen den unterschiedlichen Vermögenstatbeständen „verschoben“ werden? .....	297
cc) Verwertung von Lebensversicherung trotz geringem Rückkaufswert .....	299
3. Freibetrag für notwendige Anschaffungen, § 12 Abs. 2 Nr. 4 SGB II...	300
4. Anrechnung von überschüssigem Schonvermögen auf andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft .....	300
5. Angemessenes Kraftfahrzeug .....	301
VII. Heranziehung Unterhaltspflichtiger .....	302
1. Erster Schritt: Bestehen eines Unterhaltsanspruchs? .....	302
a) Hat die nichteheliche Mutter gegen den Kindesvater einen Unterhaltsanspruch? .....	302
b) Wie lange besteht der Unterhaltsanspruch der Eltern gegenüber den Kindern .....	303
c) Was versteht man unter Betreuungsunterhalt, was unter Barunterhalt? .....	307
d) Wirksamkeit einer Naturalunterhaltsvereinbarung zwischen volljährigen Kindern und ihren Eltern .....	308
e) Schulden der Eltern .....	309
f) Müssen die Eltern für ihre verheiratete Tochter haften? .....	310
g) Hat die Kindesmutter wegen der Betreuung ihres eigenen Kindes einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Eltern? .....	310
h) Muss der Kindesvater seine Ausbildung abbrechen .....	311
2. Zweiter Schritt: Geltendmachung überhaupt möglich? Überleitung des Anspruchs, § 33 SGB II .....	311
3. Dritter Schritt: Muss der Betroffene den Unterhaltsanspruch selber geltend machen .....	312
4. Kann der Sozialleistungsträger auch Unterhalt für die Vergangenheit einfordern? .....	317
C. Unterhaltsvorschuss .....	319
I. Anspruchsberechtigte Kinder, § 1 Abs. 1 UVG .....	319
1. Leben „bei einem“ seiner Elternteile, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG .....	319
2. Keine Anspruchsberechtigung für Großeltern .....	321
3. Zusammenleben mit Stiefeltern, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG .....	321

Inhaltsverzeichnis

II. „Dauernd getrennt lebend“, § 1 Abs. 2 UVG .....	322
III. Anspruchsberechtigung von Ausländer*innen, § 1 Abs. 2 a UVG .....	322
IV. „Zusammenleben“ der Eltern, § 1 Abs. 3, 1. Alt. ....	323
V. Weigerung der Auskunftserteilung, § 1 Abs. 3, 2. Alt. UVG .....	324
VI. Kein Anspruch nach künstlicher Befruchtung .....	325
VII. Verhältnis zu anderen Leistungen, § 1 Abs. 4 UVG .....	325
VIII. Höhe der Unterhaltsleistung, § 2 Abs. 1 UVG .....	326
IX. Dauer der Unterhaltsleistung, § 3 UVG .....	326
X. Rückzahlungspflicht, § 5 Abs. 2 UVG .....	326
XI. Mitteilungspflichten, § 6 UVG .....	327
XII. Übergang von Ansprüchen des Berechtigten, § 7 Abs. 1 UVG .....	327
XIII. Verfahren und Zahlungsweise, § 9 UVG .....	328
<b>D. Elterngeld .....</b>	<b>329</b>
I. Definition: Basiselterngeld und Elterngeld Plus?, § 4 Abs. 2 S. 2 BEEG ./. § 4 Abs. 3 BEEG .....	329
II. Berechtigte, § 1 Abs. 1, 8 BEEG .....	330
1. Eltern mit Behinderung .....	330
2. Verzögerte Betreuung, § 1 Abs. 5 BEEG .....	330
3. Väter nichtehelicher Kinder, § 1 Abs. 3 Nr. 3 BEEG .....	331
4. Adoptiveltern, § 1 Abs. 3 S. 1 Nr. 1, S. 2 BEEG .....	332
5. Pflegeeltern, § 1 Abs. 4 BEEG .....	332
6. Verwandte, § 1 Abs. 4 BEEG .....	332
7. Menschen mit Migrationshintergrund, § 1 Abs. 7 BEEG .....	332
8. Gemeinsamer Haushalt bei Aufenthalt in einer Einrichtung?, § 1 Abs. 1 Nr. 2 BEEG .....	333
9. Betreuung durch eine Tageseinrichtung oder Kindertagespflege .....	334
10. Keine oder keine volle Erwerbstätigkeit .....	334
III. Mehrlingsgeburten: 1 x Elterngeld pro Geburt, nicht pro Kind!, § 1 Abs. 1 S. 2 BEEG neue Fassung (kurz: n.F.) .....	335
IV. Höhe .....	335
1. Einkommen, das bei der Berechnung des Elterngeld berücksichtigt wird, §§ 2 ff. BEEG .....	335
2. Mindestelterngeld („Sockelbetrag“), § 2 Abs. 4 BEEG .....	336
3. Grundsätzliche Höhe, § 2 Abs. 1 S. 1 BEEG .....	337
4. Geringverdiener: „Zuwachsrate“, § 2 Abs. 2 S. 1 BEEG .....	337
5. Einkommen von mehr als 1.200 Euro: „Abschmelzrate“, § 2 Abs. 2 S. 2 BEEG .....	337
6. Teilzeit, § 2 Abs. 3 BEEG .....	338
7. Geburt eines weiteren Kindes, § 2 a BEEG .....	339
8. Mehrlingsgeburten, 2 a Abs. 4 BEEG .....	340
9. Einzelne Einkommensarten .....	340
a) Ausbildungsgehalt .....	340
b) Mutterschutzlohn .....	340
c) Einkommen, das im Ausland erzielt worden ist .....	340
d) Einkommen, das nicht in Deutschland versteuert wird .....	340
e) Pauschal besteuerte Einnahmen .....	340
f) Nichtberücksichtigung des Krankengeldes, § 2 b Abs. 1 Nr. 3 BEEG .....	341
g) Sozialleistungen .....	343

---

h) Sonstige Bezüge, § 2 c Abs. 1 S. 2 BEEG .....	343
i) Lohn- und Gehaltsbescheinigung .....	343
j) Selbstständige, §§ 2 b Abs. 2, Abs. 3, 2 d BEEG .....	344
10. Kalendermonate ohne Berücksichtigung .....	345
11. „Progressionsrelevanz“ .....	346
12. Lohnsteuerwechsel .....	347
13. Elterngeld: „abgabenfrei“ .....	347
V. Anrechnung von anderen Leistungen .....	347
1. Anrechnungsfreiheit, § 10 BEEG .....	347
2. Anrechnung auf ALG II, Sozialhilfe und Kinderzuschlag .....	348
3. Die sog. „Aufstockerregelung“, § 10 Abs. 5 S. 2 BEEG .....	350
a) Problem: Geringverdienerbonus .....	351
b) Zwillinge .....	351
4. Anrechnung von anderen Einnahmen .....	352
5. Doppelberücksichtigung des Mutterschaftsgeldes? .....	353
VI. Das Elterngeldkontingent .....	355
1. Umfang, § 4 Abs. 4 S. 1 BEEG .....	355
2. Zeitliche Grenzen des Bezugs, § 4 Abs. 1 BEEG .....	357
3. Bezugsmodalitäten, § 4 Abs. 2 S. 2 und 3 BEEG .....	357
4. Die Aufteilung .....	357
VII. Bezugszeitraum, § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG .....	358
1. Elternpaare, § 4 Abs. 5 BEEG .....	359
2. Alleinerziehende und vergleichbare allein Betreuende, § 4 Abs. 6 BEEG .....	359
3. Besonderheiten bei bestimmten Mutterschaftsleistungen, § 4 Abs. 5 S. 3 BEEG .....	360
4. Einschränkungen nach dem 14. Lebensmonat, § 4 Abs. 1 S. 2 BEEG .....	361
5. Besonderheiten bei Adoptionen, § 4 Abs. 1 S. 3 BEEG .....	363
6. Partnerschaftsbonus, § 4 Abs. 4 BEEG .....	364
7. Elternpaare .....	364
8. Alleinerziehende .....	367
VIII. Die Berechnung des Elterngeld Plus, § 4 Abs. 3 BEEG .....	368
1. Ein Überblick vor dem Einstieg in die Berechnung .....	368
2. Die Berechnung in fünf Schritten, §§ 2 bis 3 iVm § 4 Abs. 3 Sätze 2 und 3 BEEG .....	372
3. Sockelbetrag u.a. nur in halber Höhe .....	379
IX. Auswirkungen des Elterngeldes im Unterhaltsrecht .....	380
X. Antrag .....	380
E. Kindergeld .....	382
I. Berechtigung .....	382
1. Kinder .....	383
a) Kinder aus eheähnlichen Gemeinschaften .....	383
b) Arbeitssuchende Kinder .....	383
c) Ausbildung suchende Kinder .....	383
d) Kinder in Ausbildung .....	384
e) Kinder mit Behinderung .....	384
2. Kindergeld für sich selbst .....	384
3. Wohnsitz .....	385

**Inhaltsverzeichnis**

---

4. Gemeinsamer Haushalt .....	386
5. Menschen mit Migrationshintergrund .....	387
II. Antrag .....	388
III. Abzweigung .....	388
IV. Verfahren: Besonderheiten .....	388
V. Rückforderung .....	389
<b>F. Kinderzuschlag .....</b>	<b>392</b>
I. Voraussetzungen .....	392
1. Kinder, § 6 a Abs. 1 Hs 1 Nr. 1 BKGG .....	392
2. Elterliches Mindesteinkommen, § 6 a Abs. 1 Nr. 2 BKGG .....	392
3. Höchsteinkommengrenze = Einkommen der Eltern § 6 a Abs. 1 Nr. 3 BKGG .....	393
4. Vergleichsberechnung: Vermeidung der Hilfebedürftigkeit durch Kinderzuschlag, § 6 a Abs. 1 Nr. 4 BKGG .....	395
5. „Wahlrecht“ bei Mehrbedarfen? Nein! Verzicht .....	396
6. Ausgeschlossene Personen .....	396
II. Einmalige Bedarfe und Zuschuss zu Krankenversicherungsbeiträgen .....	396
III. Verfahren .....	397
1. Antragstellung .....	397
2. Streitigkeiten über die richtige Leistung .....	397
3. Antragsablehnung und rückwirkende Beantragung von SGB II-Leistungen .....	397
IV. Bezugsdauer .....	397
V. Kurzfristige Leistungseinstellung unter Verweis auf vorrangige Leistungen .....	397
VI. Leistungen für Bildung und Teilhabe, § 6 b BKGG .....	399
VII. Rückforderung .....	400
<b>G. Krankenschutz .....</b>	<b>402</b>
I. Krankenversicherungsschutz .....	402
1. Versicherung kraft Gesetzes, § 5 Abs. 1 SGB V .....	402
a) Besonderheiten für Personen im ALG-II-Bezug, § 5 Abs. 1 Nr. 2 a SGB II .....	402
b) Besonderheiten für Studenten, § 5 Abs. 1 Nr. 9, Abs. 7 SGB II .....	406
c) Besonderheiten bei fehlender Absicherung im Krankheitsfall, § 5 Abs. 1 Nr. 13, Abs. 11 SGB V, § 193 Abs. 3 VVG .....	407
d) Nachgehender Versicherungsschutz .....	408
e) Besonderheiten im Mutterschutz und in der Elternzeit, §§ 192 Abs. 1 Nr. 2, 224 Abs. 1, SGB V .....	408
2. Familienversicherung, § 10 SGB V .....	409
II. Leistungen der Krankenversicherung .....	411
1. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft .....	411
2. Zuzahlungen bei Entbindung .....	412
3. Haushaltshilfe .....	412
4. Fahrtkosten .....	414
a) Anspruch gegen die Krankenkasse .....	414
b) Anspruch gegen den Sozialhilfeträger .....	414
c) Anspruch gegen den SGB-II-Sozialleistungsträger .....	415

d) Klärung der Anspruchsgrundlage durch die beteiligten Sozialleistungsträger .....	415
III. Leistungen der Sozialhilfe .....	416
1. Hilfe bei Krankheit, §§ 47 f SGB XII .....	416
2. Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft, § 50 SGB XII .....	416
3. Anspruch auf Sterilisation, § 51 SGB XII .....	416
IV. Ungeklärte Kostenübernahme .....	417
1. Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung .....	417
a) Zuständigkeit der Sozialhilfeträger .....	417
b) Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung, §§ 49, 52 Abs. 1 S. 1 SGB XII, § 24 a Abs. 2 S. 1 SGB V .....	417
aa) SGB V .....	419
bb) SGB XII .....	419
cc) SGB II .....	421
dd) AsylbLG .....	424
2. HPV-Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs .....	424
3. Gebärmutterkrebs-Ultraschalluntersuchung .....	425
4. Folsäure .....	426
5. Zahnbehandlung .....	427
<b>H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund .....</b>	<b>429</b>
I. Ansprüche nach AsylbLG .....	430
1. Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG .....	430
2. Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG .....	431
a) Leistungen bei Krankheit, § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG .....	432
b) § 4 Abs. 2 AsylbLG .....	433
c) Sonstige Leistungen, § 6 Abs. 1 AsylbLG .....	433
d) Mehrbedarf bei Schwangerschaft .....	435
e) Erstausrüstung für Bekleidung bei Schwangerschaft .....	435
f) Bedürfnisse des Kindes .....	436
g) Kinderwagen/Mobiliar bei Geburt eines Kindes .....	437
h) Bekanntgabe der Bedarfe .....	438
i) Anrechnung von Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege .....	439
j) Anrechnung von Bundesstiftungsmitteln .....	440
k) Das AsylbLG: kein Sozialrecht? .....	447
II. Hilfsangebote des SGB VIII .....	448
III. Ärztliche Versorgung als unabweisbar gebotene Leistung .....	448
<b>I. Leistungen der Jugendhilfe .....</b>	<b>450</b>
I. Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge .....	450
II. Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen, § 20 SGB VIII, § 38 SGB V .....	451
1. Haushaltshilfe bei Schwangerschaft und Geburt .....	451
2. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen die Krankenversicherung .....	451
3. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen den Jugendhilfeträger .....	452
4. Krankengeld bei Erkrankung des Kindes gemäß § 45 SGB V .....	453
III. Assistenz für Eltern mit Behinderungen .....	454
IV. Hilfen bei Mehrlingsgeburt .....	455
V. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, § 24 SGB VIII .....	457
VI. Erziehungsberatung, § 28 SGB VIII .....	459

**Inhaltsverzeichnis**

---

VII. Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, § 30 SGB VIII .....	459
VIII. Vollzeitpflege, § 33 SGB VIII .....	459
IX. Eintritt einer Schwangerschaft während einer Jugendhilfemaßnahme .....	460
1. Schwangerenbekleidung .....	460
2. Bedarf des Kindes .....	461
<b>J. Besonderheiten im BAföG .....</b>	<b>462</b>
I. Fehlende Unterschrift der Eltern .....	462
II. Unwirksame Unterhaltsbestimmung der Eltern im BAföG-Antrag, §§ 36 ff. BAföG .....	462
III. Kinderbetreuungszuschlag, §§ 14 b BAföG .....	463
IV. Ansprüche von EU-Bürger*innen .....	463
<b>K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten? .....</b>	<b>465</b>
I. Recht zur Verfahrensteilnahme der Schwangerschaftsberater*innen .....	465
II. Handlungsfähigkeit .....	465
III. Beratungspflicht des Sozialleistungsträgers .....	466
IV. Antragstellung, § 16 Abs. 2, 3 SGB I .....	468
V. Entgegennahme von Anträgen, § 20 Abs. 3 SGB X .....	472
VI. Amtssprache: deutsch!? .....	472
VII. Wiederholte Antragstellung, § 28 SGB X .....	473
VIII. Mitwirkungsverpflichtung .....	474
1. Vorlage von Kontoauszügen .....	475
2. Beweislast bei Bedürftigkeitszweifeln .....	475
3. Muss der Name des Kindesvaters genannt werden? .....	476
a) Unterhaltsvorschuss .....	476
b) ALG II, Sozialgeld/-hilfe .....	477
c) Exkurs: Der zivilrechtliche Anspruch des Kindes gegen die Mutter .....	480
d) Exkurs: Strafbarkeit wegen Betruges gem. § 263 StGB .....	480
4. Hausbesuche .....	481
5. Folgen fehlender Mitwirkung .....	483
IX. Bescheid .....	484
X. Vorschüsse, § 42 SGB I .....	485
XI. Vorläufige Leistungen, § 43 SGB I .....	486
XII. Rückforderung, §§ 45 ff SGB X .....	493
1. Unterschiedliche Rückforderungsvorschriften – unterschiedliche Voraussetzungen .....	493
2. Beweislast .....	496
3. Rückforderung wegen erzielten Einkommens .....	496
4. Bestimmtheit der Rückforderung .....	497
5. Subjektive Sicht des Leistungsberechtigten .....	498
6. Rücknahmezeitraum .....	498
7. Leistung ohne Bescheid .....	498
8. Schutz Minderjähriger .....	499
XIII. Akteneinsicht .....	500
XIV. Telefonische Erreichbarkeit des Jobcenters .....	500



<b>L. Rechtsschutz</b> .....	502
I. Widerspruch, §§ 68 ff VwGO bzw §§ 83 f SGG .....	502
II. Klage, §§ 87 ff SGG .....	504
III. Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung, § 86 b Abs. 2 SGG .....	507
IV. Aufschiebende Wirkung, §§ 86 a Abs. 3, 86 b Abs. 1 SGG .....	509
V. Untätigkeitsklage, § 88 SGG .....	510
VI. Untätigkeit der Kläger*innen .....	511
VII. Nachzahlung/Informationspflicht des Fallmanagers? .....	512
<b>M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung</b> .....	514
I. Schweigepflicht .....	514
II. Auskunftersuchen eines Jobcenters .....	515
III. Zeugnisverweigerungsrecht .....	515
<b>N. Arbeitsrechtliche Aspekte</b> .....	518
I. Lügen beim Vorstellungsgespräch .....	518
II. Mutterschutz .....	519
1. Wesentliche Neuregelungen des Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzrechts .....	519
a) Anwendungsbereich des Gesetzes .....	519
b) Der Begriff der unverantwortbaren Gefährdung .....	519
c) Die mutterschutzspezifischen Verpflichtungen der Arbeitgeber .....	519
d) Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsverbote .....	519
e) Einrichtung des Ausschusses für Mutterschutz .....	519
f) Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung .....	520
g) Überarbeitung der Regelungen zum Kündigungsschutz und zum Leistungsrecht .....	520
2. Anwendungsbereich und Ziel des Mutterschutzes, § 1 MuSchG .....	520
3. Begriffsbestimmungen, § 2 MuSchG .....	522
4. Schutzfristen vor der Entbindung, § 3 Abs. 1 MuSchG .....	522
5. Schutzfristen nach der Entbindung, § 3 Abs. 2 MuSchG .....	522
6. Verkürzung der Schutzfristen für Schülerinnen und Studentinnen, § 3 Abs. 3 MuSchG .....	522
7. Verkürzung der Schutzfristen nach dem Tod eines Kindes, § 3 Abs. 4 MuSchG .....	523
8. Verbot der Mehrarbeit, § 4 Abs. 1 MuSchG .....	523
9. Verbot der Nacharbeit, § 5, 28 MuSchG .....	523
10. Ruhezeit, § 4 Abs. 2 MuSchG .....	524
11. Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit, § 6 MuSchG .....	524
12. Freistellung für Untersuchungen, § 7 Abs. 1 MuSchG .....	524
13. Freistellung zum Stillen, § 7 Abs. 2 MuSchG .....	524
14. Beschränkung von Heimarbeit, § 8 MuSchG .....	525
15. Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung, § 9 MuSchG .....	525
16. Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen, § 10 .....	526
17. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen, § 11 MuSchG .....	527

Inhaltsverzeichnis

18. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen, § 12 MuSchG .....	527
19. Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot, § 13 MuSchG .....	527
20. Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber, § 14 MuSchG .....	528
21. Mitteilungen der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 1 MuSchG .....	528
22. Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 2 MuSchG .....	528
23. Ärztliches Beschäftigungsverbot, § 16 MuSchG .....	528
24. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 1 MuSchG .....	529
25. Ausnahme vom Kündigungsverbot, § 17 Abs. 2 MuSchG .....	531
26. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 3 MuSchG .....	531
27. Mutterschutzlohn, § 18 MuSchG .....	531
28. Mutterschaftsgeld für Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse, § 19 Abs. 1 MuSchG .....	531
a) Voraussetzungen, § 24 i Abs. 1 SGB V .....	532
aa) GKV-Mitglied .....	532
bb) Entweder: Anspruch auf Krankengeld .....	532
cc) Oder Wegfall des Arbeitsentgelts .....	534
b) Höhe des Mutterschaftsgeldes, § 24 i Abs. 2 SGB V .....	535
c) Anspruchsdauer, § 24 i Abs. 3 SGB V .....	535
d) Ruhen des Anspruchs, § 24 i Abs. 4 SGB V .....	536
29. Mutterschaftsgeld für Frauen, die nicht Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind, § 19 Abs. 2 MuSchG .....	536
30. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 MuSchG .....	536
31. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 Abs. 1 MuSchG .....	537
32. Arbeitgeberzuschuss bei Tätigkeit für mehrere Arbeitgeber, § 19 Abs. 2 MuSchG .....	537
33. Arbeitgeberzuschuss bei Ende der Tätigkeit, § 20 Abs. 3 MuSchG .....	537
34. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – Berechnungszeitraum, § 21 Abs. 1 MuSchG .....	538
35. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – unberücksichtigte Leistungen, § 21 Abs. 2 MuSchG .....	538
36. Abweichende Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts, § 21 Abs. 3 MuSchG .....	538
37. Dauerhaften Änderung der Arbeitsentgelthöhe, § 21 Abs. 4 MuSchG .....	539
38. Leistungen während der Elternzeit, § 22 Satz 1 MuSchG .....	539
39. Leistungen bei Teilzeit während der Elternzeit, § 22 Satz 2 MuSchG .....	540
40. Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen, § 23 MuSchG .....	540
41. Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten, § 24 MuSchG .....	540
42. Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbotes .....	540
III. Elternzeit .....	541
1. Anrechnung der Mutterschutzfrist auf die Elternzeit der Mutter, § 15 Abs. 2 S. 3 BEEG .....	541

---

2. Elternzeit für jedes Kind – auch bei Überschneidungen, § 15 Abs. 2 S. 4 BEEG .....	542
3. Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit, § 15 Abs. 7 S. 1 BEEG....	542
a) Übersicht .....	543
b) 24 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Lebensjahr, § 15 Abs. 2 S. 2 BEEG .....	543
c) Ablehnung, § 15 Abs. 7 S. 4 BEEG .....	544
d) Zustimmungsfiktionen, § 15 Abs. 7 S. 5, 6 BEEG .....	544
e) Rechtsweg, § 15 Abs. 7 S. 7 BEEG .....	545
aa) Inanspruchnahme der Elternzeit, § 16 Abs. 1 S. 1 BEEG .....	545
bb) Ablehnung, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG .....	549
f) Arbeitgeberwechsel, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG .....	550
4. Kündigungsschutz, § 18 Abs. 1 BEEG .....	550
5. „Großelternzeit“ .....	550
IV. Informationen zum Recht auf Teilzeitarbeit .....	552
V. Teilzeitbeschäftigung wegen Art oder Schwere der Behinderung, § 81 Abs. 5 SGB IX .....	553
VI. Gesetz über die Familienpflegezeit (Familienpflegezeitgesetz – FPfZG)....	553
<b>O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt .....</b>	<b>555</b>
I. Rechtliche Differenzierung von Lebend-, Tot- und Fehlgeburt .....	555
II. Mutterschutz .....	555
III. Bestattungsrecht .....	555
Stichwortverzeichnis .....	557